Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 448. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 201.**

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebenbleben in Halle a. S.

Mittwoch, 23. September 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Zur Reichsfinanzreform.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 22. d. Mts. enthält folgenden Artikel:

Nachdem die Gesetzentwürfe zur Finanzreform im Bundesrat eingebracht sind, tritt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes mit einer persönlichen Aeußerung aus der von ihm bisher notwendigerweise bewahrten Reserve heraus, so den erhobenen Angriff der Geheimniskrämerei durch die Tat widerlegend. Das am 25. d. M. zur Ausgabe gelangende Oktoberheft der „Dtsch. Rundschau“ enthält einen Aufsatz über „Aufgaben und Wege der Reichsfinanzreform“ von Staatsminister Sydow.

Ausgehend von dem Spott, mit dem ausländische Blätter die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands begleitet haben, erörtert der Staatssekretär zunächst die tatsächliche Finanzlage. Die fundierte Reichsschuld, die 1877 erst 72,2 Millionen Mark berug, ist gegenwärtig auf 4¼ Milliarde angewachsen, wozu noch eine hohe schwebende Schuld hinzutritt. Die alljährlich wiederkehrende starke Beanspruchung des Geldmarktes ist von einer Erhöhung des Zinsfußes der Emissionen begleitet gewesen, für die der Staatssekretär einige charakteristische Zahlen gibt, ebenso wie für den niedrigen Stand der deutschen Renten. Diese Verschlechterung der Finanzen aber habe sich in einer Zeit stark zunehmenden Wohlstandes vollzogen. Er sagt daher: „So kann es und darf es nicht fortgehen. Diese Ueberzeugung hat sich nachgerade in allen politischen Parteien ohne Ausnahme durchgesetzt, sie ist im Begriff, durch die in diesem Punkt übereinstimmenden Erörterungen der gesamten Presse zum Gemeingut des deutschen Volkes zu werden.“

Die Aufgabe der Reform ist eine vierfache: Einnahmen und Ausgaben sind in Einklang zu bringen, mit der bisherigen Anleihewirtschaft ist zu brechen, der Kapitalmarkt muß von den großen Beträgen kurzfristiger Schatzanweisungen entlastet und das finanzielle Verhältnis von Reich und Bundesstaaten neu geregelt werden. Hierzu bedarf es neuer Grundsätze für die Tilgung, einer Verstärkung des Betriebsfonds der Reichskasse durch Eröffnung des Postscheckverkehrs, durch Beseitigung der Vorschüsse an die Unfall-Berufsgenossenschaften und des Systems der gestundeten Matrikularbeiträge. Der Minister erörtert die möglichen Ersparnisse und den sodann noch verbleibenden Mehrbedarf, den er in eingehender Begründung auf 2 bis 2¼ Milliarde Mark für die nächsten fünf Jahre berechnet. Dieser setzt sich zusammen aus den vorhandenen Fehlbeträgen, aus den Neuanforderungen der Sozialpolitik durch Witwen- und Waisenversicherung, der Erhöhung der Beamtengehälter, den notwendig werdenden Zuschüssen für den Reichs-Invalidenfonds, den erhöhten Summen für die Schuldentilgung und für die Ablösung der gestundeten Matrikularbeiträge, den Ausfällen bei der Abschaffung der Zucker- und Beseitigung der Fahrkartensteuer. Da die in Aussicht genommenen Einnahmen nicht alsbald voll zur Wirksamkeit gelangen, ergibt sich ein Jahresbetrag von annähernd 500 Millionen Mark.

Der Staatssekretär zweifelt nicht, daß, wenn auch über das Programm selbst eine Einigkeit der Parteien vorhanden wäre, doch über die Mittel zur Durchführung heftiger Streit entbrennen würde. Die Schlagworte „die direkte, die indirekte Steuer“ hält er für wenig geeignet, zum Schibboleth zu werden, „solche formale Unterscheidung treffe nicht den Kern der Sache. Um den Streit auf den richtigen Boden zu stellen, muß man den Steuern, die Vermögen und Besitz (die Einnahmen) treffen, diejenigen gegenüberstellen, die auf den Verbrauch (den Ausgaben) liegen.“ Hier muß nun das Reich in Friedenszeiten den historischen Verhältnissen und den Interessen der Bundesstaaten Rechnung tragen. Denn Reich und Staat sind ein unteilbares Ganzes. Die Kulturarbeiten sind zwischen beiden geteilt; nur wenn beide prosperieren, können sie gedeihlich erfüllt werden. Dazu gehört auch, daß die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Bundesstaaten vom Reiche nicht angetastet wird. Diese hat aber die finanzielle Selbständigkeit zur Voraussetzung. Einem Bundesstaat, der mit seinen Finanzen zusammenbräche, bliebe nur übrig, sich durch einen Akzessionsantrag einem kräftigeren Bundesstaat anzuschließen. Geschähe dieses in größerem Maße, so müßten die Grundlagen der Reichsverfassung ins Wanken geraten.

Die Einkommensteuern sind bereits von den Einzelstaaten und Kommunen stark ausgebaut, „allein in Preußen gibt es 250 Städte und Landgemeinden, die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer von mehr als 200 Prozent (es finden sich solche bis zu 425 Prozent), darunter fast 100 mit 250 Prozent und mehr erheben. Ein Zuschlag von 200 bis 250 Prozent ergibt bereits eine Belastung des Einkommens von im ganzen 12 bis 15 Prozent. Hierzu kommen dann noch die oft nicht unerheblichen Zuschläge für Kirchen-, Schulsteuern und ähnliches.“

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbrauchsbesteuerung durch das Reich. Ohne Besteuerung des Massenkonsums, die in Deutschland bis jetzt weit weniger entwickelt ist als in anderen großen Staaten, läßt sich der Fehlbetrag nicht decken. Branntwein, Bier und Tabak sind „schon um deswillen besonders geeignete Steuerobjekte, weil sie reine Genußmittel sind und daher die Unterwerfung unter die Steuern seitens der Konsumenten in gewisser Weise den Charakter der Freiwilligkeit trägt. . . . Es muß nur dafür gesorgt werden, daß die Steuer auch wirklich auf die Massen übergehen kann und nicht im wesentlichen auf dem Gewerbe hängen bleibt, damit nicht blühende Industrien ruiniert werden“. Ob noch Steuern auf andere Gegenstände des allgemeinen Gebrauches zur Aufbringung der erforderlichen Mittel herangezogen werden sollen, bleibt mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Vorarbeiten und schwebenden Verhandlungen unerörtert. Daß sich darunter eine Steuer auf Schaum- und stille Weine in Flaschen befindet, wird angedeutet.

Zur Schaffung eines Ausgleiches erklärt es der Minister für unbedingt geboten, die Verbrauchssteuern durch Abgaben zu ergänzen, die den Besitz treffen. Nach motivierter Ablehnung gewisser Vorschläge, wie Dividenden-, Umsatzsteuer usw. befürwortet er die Besteuerung der Erbfälle durch Einführung einer allgemeinen Nachlaßsteuer, die den Nachlaß als solchen trifft. „Wenn man kleinere Vermögen unter 10- bis 20 000 Mark frei läßt, die Steuersätze selbst mäßig bemißt und die Sonderbestimmungen für den Grundbesitz, die in Würdigung seiner Eigenart schon das bestehende Erbschaftssteuergesetz vorsieht, noch dahin erweitert, daß die auf den Grundbesitz fallenden Steuern in Form einer Rente bezahlt werden können, so trägt man allen berechtigten Einwänden Rechnung“. In eingehender Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten betont der Minister, „seine feste Ueberzeugung“, „daß eine Finanzreform lediglich auf Gebrauchsabgaben ein Ding der Unmöglichkeit ist und daß die Hinzufügung der allgemeinen Nachlaßsteuer eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der Finanzreform bildet“. Auch der Vorschlag, bei testamentslosen Verlassenschaften den Fiskus anstelle entfernter Seitenverwandten zu setzen, wird akzeptiert.

Endlich sollen die Matrikularbeiträge über den gegenwärtigen Satz von 40 Pfg. hinaus erhöht, der Mehrbetrag aber durch Vereinbarung von Bundesrat und Reichstag für eine Reihe von Jahren festgelegt werden. „Auf diese Weise käme das Quotisierungsrecht des Reichstages, und zwar bei einer den Besitz belastenden Auflage, zur Geltung, und die Bundesstaaten wären für eine Reihe von Jahren gegen Ueberraschungen von seiten des Reichs gesichert. Eine derartige Ordnung hätte noch eine sehr wichtige Folge; sie würde die Stellung des Reichsschatzsekretärs bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats außerordentlich stärken. Solange die Verweisung von Ausgaben des Reichs auf die Matrikularbeiträge nicht begrenzt ist, fehlt dem Schatzsekretär gegenüber den Anmeldungen der Ressorts der wirksamste, weil allein überzeugende Einwand: non habeo pecuniam, es ist kein Geld dafür da. Sind dagegen die Matrikularbeiträge periodenweise gebunden, so steht ihm ein Argument zur Seite, dessen zwingender Logik sich kein Ressort entziehen kann.“ Eine solche Schließung des Ventils der gestundeten Matrikularbeiträge sei wirksamer als alles andere, insbesondere auch als die vorgeschlagene Schaffung eines selbstständigen Reichsfinanzministeriums. Denn auch bei einer kollegialen Zusammenfassung der Chefs der Reichsämter könnte der Reichskanzler in grundlegenden Fragen sich nicht überstimmen lassen und müßte seinen Willen genau so durchsetzen können als jetzt, wo ihm die Staatssekretäre nachgeordnet sind.

Endlich werden die der Lösung der Aufgabe entgegenstehenden Hemmnisse besprochen. Einmal die Agitation der Interessenten, insbesondere vom Tabakverein, sodann die verschiedenartige Stellung der politischen Parteien. Den verbündeten Regierungen müsse daran gelegen sein, „daß ein Werk, das so tief in das gesamte wirtschaftliche Leben eingreift, von einer möglichst großen Mehrheit angenommen wird, damit auch nach seiner Verabschiedung in die Bevölkerung das Verständnis von der politischen Notwendigkeit der getroffenen Maßregeln möglichst weit eindringt.“ Es handle sich nicht darum, daß die Fürsten Geld brauchten, wie jüngst geschrieben wäre, „nicht die Fürsten leiden Not, nicht die Regierungen, sondern das gesamte deutsche Volk. Man mache sich nur einmal klar, welche Folgen das Scheitern der Finanzreform brächte. . . . . Eine lange Reihe von politischen Kämpfen, ein bellum omnium contra omnes würde sich anknüpfen, bis es endlich durch neue Parteikonstellation gelänge, die Ordnung der bis dahin noch ärger verwirrten Reichsfinanzen herbeizuführen“.

Der Aufsatz schließt: „Die Ordnung der Reichsfinanzen ist eine Lebensfrage für das Deutsche Reich und seine Gliedstaaten. Sie muß gelöst werden, und zwar jetzt, da jede Hinausschiebung die Lösung nur noch erschweren kann. Ich vertraue darauf, daß diese Erkenntnis sich im Reichstage wie im deutschen Volke in ihrem vollen Ernste durchsetzen wird. Es erscheint mir kaum denkbar, daß das Gedeihen, ja der Bestand des Deutschen Reiches, das mit so viel Arbeit, soviel Idealismus, soviel Selbstlosigkeit und soviel Blut geschaffen und zusammengekittet ist, aufs Spiel gesetzt werden sollte, weil das deutsche Volk trotz seiner steigenden Wohlhabenheit nicht die zur Erhaltung des Reiches erforderlichen Mittel hätte aufbringen wollen.“

Eine Rede des Reichskanzlers.

Bei dem Empfange, den Reichskanzler Fürst von Bülow am 22. cr. zu Ehren der Teilnehmer des Internationalen Pressekongresses in seinem Garten gab, hielt der Reichskanzler in Erwiderung auf eine Ansprache des Präsidenten des Kongresses, Singer, folgende Rede:

Meine Herren und Damen! Ich danke Ihrem verehrten Herrn Präsidenten für seine freundlichen und beredten Worte, ich danke Ihnen allen für die sympathische Aufnahme, die Sie diesen Worten bereitet haben. Sie haben, meine Herren, heute bereits arbeitsreiche Stunden hinter sich. Ich hoffe, daß Ihre Beratungen den Interessen Ihres Berufs förderlich gewesen sind. Ich hoffe, daß Ihre Verhandlungen auch weiter zu Ihrer aller Zufriedenheit verlaufen werden. Es ist mir eine große Freude, Sie hier begrüßen zu können, und ich hoffe, daß Sie auch diese Stunden der Erholung nicht als verloren betrachten werden. Ich will Ihnen verraten, meine Herren von der Feder, daß meine Beziehungen zur Presse früh angefangen haben. Wir saßen eines Abends in Frankfurt, der schönen Mainstadt, um den runden Familientisch, meine Eltern, meine Geschwister und ich, als das Abendblatt hereingebracht wurde, — ich weiß nicht mehr, war es das „Frankfurter Journal“ oder die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. Voll Wißbegierde griff ich dummer zehnjähriger Bengel nach dem Blatt, fuhr in meinem Eifer mit allen fünf Fingern in den heißen Zylinder der Lampe, die auf dem Tisch stand, und verbrannte mich gräulich. (Heiterkeit.) Das war das erste Mal, daß ich mir die Finger mit der Presse verbrannt habe (große Heiterkeit) und 15 oder 18 Jahre später — ich war jugendlicher Geschäftsträger in Athen — las ich in einem großen Wiener Blatt, einem Weltblatt, das ich zu meiner Freude hier vertreten sehe, etwa folgendes: Fürst Bismarck — las ich da — muß ein wahrer Meister der diplomatischen Kunst sein, wenn er alle Torheiten wieder gut machen will, die der deutsche Geschäftsträger in Athen jetzt anrichtet. (Große Heiterkeit.) Schon das Aeußere dieses Geschäftsträgers; wie Numero 5 am Geschütz — die Numero 5 am Geschütz ist, soviel ich weiß, der Kanonier, der garnichts zu tun hat — schaut der drein, so einfältig schaut dieser junge Herr v. Bülow in die Welt. Das war das erste Mal, daß sich die Presse eingehender mit mir beschäftigt hat. Nasus displicuit meus. Mein Aeußeres hat dem betreffenden Korrespondenten nicht gefallen. Ich weiß nicht, ob der Herr, wenn er noch lebt, jetzt günstiger über mich denkt, von der „Neuen Freien Presse“ hoffe ich es, without fishing for compliments.

Ich habe später auch angenehmere Erfahrungen mit der Presse gemacht. Als ich, wieder um einige Jahre später, es war Anfang der achtziger Jahre, an unserer Pariser Botschaft tätig war, da frug ich einmal — ich war in melancholischer Stimmung, ich fand, mein Avancement ging nicht rasch genug, in der Armee nennt man das die Leutnantsmelancholie — den Vertreter der „Times“, Bloivitz — es war ein kluger Mann — ob ich Aussichten im Journalismus hätte. „Sofort bringe ich Sie an“, erwiderte mir Herr v. Bloivitz, „mit 30 000 Francs jährlich.“ Das hat damals mein Selbstvertrauen gestärkt, und noch heute macht die Erinnerung mir Vergnügen. Ich habe im allgemeinen beobachtet, daß es wenige Politiker gibt, die nicht, namentlich wenn kein Journalist zugegen ist, gern einmal über die Presse räsonnieren. Aber es gibt noch weniger Politiker, die nicht wünschten, daß die Presse von ihnen selbst nett sprechen möchte, und am allergeringsten ist die Zahl derjenigen Politiker, die es ertragen können, daß die Presse sich garnicht mit ihnen beschäftigt. Das Veilchen, das im Verborgenen blüht, das gute Blümchen will keiner sein.

Seien Sie auch gerecht, meine Herren, was wären Achilles und Hector und Diomedes ohne Homer! Wie das Schallrohr der Presse die Töne weiterträgt, so haften sie im Gedächtnis der Menschen, so wirken sie auf die Menschen. Groß, sehr groß ist in unseren Tagen die Macht der Presse. Sie kann Gerüchte verbreiten, Vorstellungen erwecken, Ansichten hervorrufen, Ueberzeugungen begründen, die für lange Zeit hinaus durch nichts mehr zu erschüttern sind. Die wenigsten machen sich klar, daß das ein Novum ist in der Weltgeschichte, in der Kulturgeschichte der Menschheit. Wenn in früheren Jahrhunderten ein Libell diese oder jene Malice brachte, so fand es fünfhundert oder fünftausend Leser. Der Angegriffene verfaßte seine Gegenschrift, die ebenso viele Leser fand womöglich dieselben, und die Sache war ausgestanden. So war es noch in der Zeit der holländischen Pamphlete, über die Ludwig XIV. sich ärgerte, und der Gazetten, die Friedrich der Große nicht genieren wollte. Wenn aber heute ein Blatt einem Mann der Oeffentlichkeit etwas anhängt, so läuft das weiter wie der elektrische Funke längs dem Telegraphendraht, und ehe der Betroffene die Zeit findet, die Sache gründlich richtig zu stellen, hat sich die Vorstellung in den Köpfen von Hunderttausend, ja Millionen, festgesetzt, ist sie oft unausrottbar geworden. — Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, ein ganz unschuldiges Beispiel. Ich bin übergezeugt, daß es wirklich Leute gibt, die glauben, daß ich mich auf meine Reden vorbereite, mit dem Büchmann in der Hand. (Heiterkeit.) Der harmlose Scherz eines Journalisten, noch dazu eines mir befreundeten Journalisten — on n'est trahi que par les siens — brachte die Vorstellung in Umlauf und nun sitzt sie fest. In Wirklichkeit habe ich den Büchmann, der übrigens ein gutes Buch ist, ein mit Liebe zusammengestelltes Buch, erst vor wenigen Jahren in die Hand bekommen, als es mir ein leider seither verstorbener Parlamentarier zum Geschenk machte, als Aprilscherz. Zitiert habe ich immer. Ich erinnere mich, schon als Sekundaner, auf dem Gymnasium Carolinum in Neustrelitz, wurde ich von dem würdigen Rektor Schmidt ermahnt, nicht soviel zu zitieren. Aber ich habe immer aus dem Gedächtnis zitiert. Das ist ein ganz unschuldiges Beispiel. Ich freue mich immer, wenn ich mich in den Wipblättern abgebildet finde mit dem Büchmann in der Hand und mit einem braven Pudel neben mir.

Aber ich kenne auch Beispiele, wo gehässige Vorurteile genährt, wo wirkliche Verdienste geschmälert, wo Gerade in Ungerade und Ungerade in Gerade verwandelt wurde, wo Unrecht, Ungerechtigkeit und Unwahrheit gefördert wurden durch die Macht der Presse. Ja größer diese Macht geworden ist, um so gewissenhafter muß sie gehandhabt werden. Nun will ich mal wieder zitieren: Der Menschheit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190809232-15/fragment/page=0001

Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahret sie! (Beifall.) Und, meine Herren, nicht allein der Menschheit Würde! Nehmen Sie als politisch denkende und an Ihrem Teil auch vor der Geschichte verantwortlichen Männer ein ernstes Wort von mir mit. Ich spreche zu Journalisten aller Länder, und ich möchte, daß meine Worte auch über Ihren Kreis hinaus gehört würden: Ich glaube, daß der Journalist Patriot sein soll. Aber Patriotismus heißt nicht Ungerechtigkeit gegen andere. (Beifall.) Wir sind nun einmal darauf angewiesen, auf dieser Welt mit- und nebeneinander auszukommen. Das haben Sie selbst anerkannt, indem Sie sich zu einer internationalen Vereinigung zusammengetan haben. Da sind Sie angewiesen auf den gegenseitigen guten Willen. Nehmen Sie das als Abbild und Vorbild des Verkehrs und des Zusammenlebens der Völker. Auch die Völker sind in ihren internationalen Beziehungen angewiesen auf guten Willen und ehrliches Entgegenkommen, auf gegenseitiges Verständnis und auf freundlichen Ausgleich.

Und nun, meine Herren, bedenken Sie, wieviel die Presse, wieviel Sie dazu beitragen können, diese Beziehungen freundlicher zu gestalten und zu glätten, wieviel Sie aber auch tun können, um diese Beziehungen zu vergiften und in Feindschaft zu verwandeln. Ein gewaltiges Instrument ruht in Ihrer Hand, gleich geeignet, zu nützen und zu schaden. Mögen es stets erfahrene Hände sein, denen dies Instrument anvertraut ist, erleuchtete Köpfe, die zu dirigieren wissen zum Heile der Menschheit und zum Besten der Völker. (Beifall.) Und nun, meine Herren, wünsche ich Ihnen noch einmal besten Erfolg für Ihre Arbeiten und nochmals herzlichen Dank für Ihr Kommen, Ihnen und Ihren Damen! (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Antwortnote wegen Marokko.

Die deutsche Antwortnote auf die identische französisch-spanische Note in der Marokko-Angelegenheit wurde am gestrigen Dienstag vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn von Schoen dem französischen Botschafter Cambon und dem spanischen Geschäftsträger in Berlin übergeben. Sie sucht im allgemeinen den höflich-entgegenkommenden Ton, den die französische Regierung in ihrer Note anschlug, festzuhalten, schränkt aber die jetzigen Forderungen Frankreichs Mulay Hafid gegenüber in verschiedenen Vorbehalten ein. Wie verlautet, berührt sie auch die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen. Der genaue Inhalt wird in dem Augenblick amtlich bekannt gegeben werden, in dem das Antwortschreiben in Paris vorliegt.

Steuern und Strafen im freien England.

England gilt allen Gläubigen unserer liberalen Preßpropheten als der vorbildliche Musterstaat, in dem sich die Bevölkerung nicht nur des Freihandels, sondern auch der größten Freiheit des Handelns, d. h. der geringsten Beschränkung persönlicher Betätigung durch die Staatsgewalt erfreut. In der Tat aber steht diese liberale Lehrmeinung in manchen Punkten auf recht schwachen Füßen, denn die Staatseinnahmen aus indirekten Steuern (d. h. Abgaben auf Tabak, Bier, Branntwein und andere Bedarfsartikel) und Zöllen sind z. B. in dem „freihändlerischen" England pro Kopf der Bevölkerung fast genau doppelt so hoch als in dem angblich „hochzöllnerischen" Deutschland.

Wenn bei uns von irgend jemand die Wiedereinführung der Prügelstrafe für die ärgsten Rohheitsverbrecher wenigstens gefordert wird, so entrüstet sich die freiheitlich-liberal-demokratische Presse über solche „Reaktionsbestrebungen zum finsteren Mittelalter hin". In dem angeblich liberal oder freiheitlich fortgeschrittenen England aber besteht die Prügelstrafe nicht nur für militärische, sondern auch für verschiedene Vergehen oder Verbrechen der Zivilbevölkerung und wird gar nicht so selten auch heute noch verhängt.

Bei uns möchte man es in liberalen Blättern oft schon als allzu scharfe Beschränkung der persönlichen Freiheit hinstellen, wenn allzu schnell dahinsausende Automobilisten mit Strafmandaten in Höhe von 6 oder 10 oder höchstens 50 Mk. bedacht werden. Im freien England geht man auch gegen solche Freiheitsbetätigung einzelner viel schärfer vor. So wurde z. B. kürzlich in Christchurch ein Automobilist, gegen den zwei Anzeigen wegen zu schnellen Fahrens vorlagen, nicht nur zu einer Geldstrafe von 70 engl. Pfund, also über 1400 Mk., sondern gleichzeitig zur Entziehung der Fahrerlaubnis für ein volles Jahr verurteilt. Solche strenge Bestrafung für bloße Schnellfahrten ohne Verletzung unbeteiligter Personen ist bei uns sicher noch nicht vorgekommen. Wir können daher nur wünschen, daß nicht nur unsere Staats-, sondern auch die Strafrechts-Gesetzgeber sich das freiheitliche England manchmal zum Vorbild nähmen, wenn auch in einem den Bestrebungen unserer liberalen Englandverehrer entgegengesetzten Sinne.

Deutsches Reich.

* **Simon Kopper.** Die alarmierenden Gerüchte über eine neue Bedrohung von Deutsch-Südwestafrika durch Simon Kopper bestätigen sich, wie die „M. Ztg." von unterrichteter Seite hört, nicht. Seit dem Gefechte von Gainab, in dem bekanntlich 70 Mann der Begleitung Koppers getötet wurden, hat sich die Lage wenig verändert. Die deutschen Kameltreiter, die zur Verfolgung damals abgesandt wurden, halten mit ihm ständige Fühlung. Auch heute ist der Ort, in dem Simon Kopper sich versteckt hält, ungefähr bekannt. Wenn es bis jetzt nicht gelungen ist, ihn zu stellen, so liegt dies an den örtlichen Schwierigkeiten und an den Gelegenheiten zur Flucht, die durch die nahe Grenze geboten werden.

* **Vom Kaiserpaar.** Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin sind am Dienstag um 6 Uhr 40 Minuten von Station Werbellinsee nach Rominten abgereist, Prinzessin Viktoria Luise hat sich den Majestäten von Eberswalde ab angeschlossen. Die Ankunft in Groß-Rominten erfolgt heute (Mittwoch) vormittag 10 Uhr (Wohnung im Jagdhaus Rominten). Der Aufenthalt in Rominten wird sich voraussichtlich bis in den Oktober hinein erstrecken, ein Besuch in Cadinen soll sich anschließen. Als Gäste Seiner Majestät des Kaisers sind in Rominten anwesend Fürst Dohna-Schlobitten, Admiral von Hollmann und Geheimer Regierungsrat von Berg.

* **Prinz Bernhard von Lippe.** Im Gegensatz zu der „Lippischen Landesztg." versichert die „Lippische Tagesztg.", das Abschiedsgesuch des Prinzen Bernhard von Lippe beruhe auf Gründen durchaus persönlicher Natur und habe mit dem Verhalten des Kaisers nichts zu tun.

* **Iswolskis Besuch in Berlin.** Der Besuch des russischen Ministers des Aeußern Iswolski in Berlin ist, wie verlautet, auf Mitte Oktober festgesetzt. Man nimmt an, daß auch der Kaiser bei dieser Gelegenheit den Minister empfangen wird.

* **Eine deutsche Truppenabteilung aus Kiautschau** ist am Dienstag in Usa eingetroffen. Die dortige Garnison empfing die Abteilung am Bahnhof und gab ihr zu Ehren ein Frühstück, bei dem Trinksprüche auf den deutschen Kaiser und den Kaiser von Rußland ausgebracht wurden.

* **Todesfall.** Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden: Staatsrat und Ministerialdirektor a. D. Ritter von Geib ist am 21. cr. in Konstanz infolge eines Herzschlages gestorben.

* **Die Choleragefahr.** Angesichts der steigenden Zunahme von Erkrankungen und Sterbefällen infolge von Cholera in St. Petersburg fand am gestrigen Dienstag im Reichsgesundheitsamte zu Berlin eine Sitzung statt, um über die Maßregeln, die zur Verhütung der Einschleppung der Cholera-epidemie getroffen werden sollen, die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

* **Zur Reform des preußischen Bergrechtes** erfahren die Berliner Blätter, daß gegenwärtig in der Bergabteilung des Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Berggesetzes begonnen wird. Die Reform wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstrecken. Es soll einmal eine Aenderung in der Organisation der Bergbehörden eintreten, indem getrennte Behörden geschaffen werden für den Bergbaubetrieb und für die staatliche Aufsichtsbefugnis. Ferner soll gegen Entscheidungen der Bergbehörden das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt werden. Diese letztere Reform aber wird die Ursache sein, daß eine baldige Vorlage des neuen Berggesetzes nicht zu erwarten ist, da das gegenwärtige Verwaltungsstreitverfahren im Rahmen der Neuorganisation der inneren Verwaltung ebenfalls eine Umgestaltung erfahren wird. Bevor hierfür die Grundzüge nicht feststehen, kann auch dieser Teil des neuen Berggesetz-Entwurfes nicht zum Abschluß gebracht werden. Es ist ferner wahrscheinlich, daß die in der letzten Novelle zum Berggesetz vorgesehene Regelung der Verleihung von Steinkohlenfeldern durch ein besonderes Gesetz auch im Zusammenhang mit der Neuredigierung des Berggesetzes erledigt wird.

* **Bei der Reichstags-Stichwahl im 2. braunschweigischen Wahlkreise** Wolfenbüttel-Helmstedt, die am gestrigen Dienstag stattfand, wurden nach den bisher eingegangenen Meldungen abgegeben: für Kleye (ver. nat. Parteien) 15 427 und für Ricke (Sozialdemokrat) 8894 Stimmen. Kleyes Wahl erscheint somit gesichert.

* **Mittelstandsvereinigung.** In der geschlossenen Delegiertenversammlung der Mittelstandsvereinigung, die am Montag in Düsseldorf stattfand, ist es zu einer Einigung zwischen der Düsseldorfer Richtung und dem Zentralvorstand gekommen. Die Düsseldorfer Richtung wünscht, daß nur der gewerbliche Mittelstand der Vereinigung angehöre, also die Kaufleute und Handwerksmeister. Die übrigen Ortsgruppen wollen dagegen noch die Beamten in der Vereinigung behalten und die Handlungsgehilfen und freien Berufe heranziehen. Man schloß einen Kompromiß, wonach zunächst der gewerbliche Mittelstand und dann erst die anderen Berufe in der Mittelstandsvereinigung vertreten werden sollen. Assessor Stocky-Düsseldorf referierte über die Frage, ob die Mittelstandsvereinigung politisch sein dürfe, und verneinte sie. Schließlich wurden die Satzungen so geändert, daß der unpolitische Charakter der Mittelstandsvereinigung festgelegt wurde. In der öffentlichen Generalversammlung, die nachmittags fortgesetzt wurde, wurde über die noch auf der Tagesordnung stehenden Fragen verhandelt. In der Diskussion teilte der konservative Abgeordnete Heckenroth mit, daß der Bund der Landwirte die Mittelstandsvereinigung bei ihren Bestrebungen aufs nachdrücklichste unterstützen werde. Ein Antrag des Assessors Stocky-Düsseldorf, die Mittelstandsvereinigung solle im nächsten Jahre mit dem Verband der Rabatt- und Sparvereine gemeinsam tagen, wurde angenommen. Es folgte eine ausführliche Debatte über das Ausverkaufswesen. Sämtliche Redner nahmen Stellung gegen den Schwindel im Ausverkaufswesen, ferner gegen den Ausstellungs- und Medaillenschwindel. Dann wurde mit den üblichen Dankesreden die Generalversammlung geschlossen.

* **Der Fall Held vor Gericht.** Vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover wurde am Dienstag gegen den Reichstagsabgeordneten Held wegen Betrugsversuchs und Erpressung verhandelt. Die Anklage wurde erhoben auf Grund des Ergebnisses der Beleidigungsklage, die Held im vorigen Jahre wegen Angriffe, die im Wahlkampfe gegen ihn gerichtet wurden, angestrengt hatte. Von der Anklage, daß Held im Geschäftsverkehr mit der Firma Terlinden betrügerische Manipulationen vorgenommen habe, erfolgte Freisprechung, weil die Sache verjährt sei. Das Gericht erklärte sich nicht in der Lage, in die vom Justizrat Sello als Verteidiger im Interesse des Angeklagten geforderte Beweisaufnahme einzutreten. Die Erpressung sollte Held dadurch begangen haben, daß er durch Drohungen gegen die Kaufleute Flemming und Pommer unberechtigterweise Regreßansprüche erhoben habe. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung, weil das Gericht annahm, daß der Anspruch gegen Flemming in gutem Glauben und mit voller Berechtigung erhoben wurde und daß im Falle Pommer ein solcher Anspruch überhaupt nicht geltend gemacht worden sei.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die Regierung hat dem Landespräsidenten von Krain Weisung erteilt, mit aller Entschiedenheit Vorkehrungen zu treffen, um die Sicherheit der Personen und des Eigentums in Laibach unbedingt zu verbürgen. Die Regierung wird alle geeigneten Mittel ergreifen, um eine Wiederholung derartiger beklagenswerter Vorgänge hintanzuhalten und in Laibach geordnete Verhältnisse dauernd wiederherzustellen.

Paraguay. „Nacion" meldet aus Asuncion, daß dort infolge der Entdeckung einer Verschwörung für die Zeit bis zum 30. November der Belagerungszustand erklärt worden sei. Es seien verdächtige Personen verhaftet worden. Die Ruhe in der Stadt sei nicht gestört

Aus Nah und Fern.

Die Haft des Fürsten Eulenburg aufgehoben. Gemäß dem Antrage des Verteidigers Justizrats Wronker wurde am gestrigen Dienstag durch Beschluß der Strafkammer 7 des Königlichen Landgerichts I zu Berlin die Haft des Fürsten Eulenburg entgegen dem Antrage des Oberstaatsanwalts aufgehoben. Der Antrag des Verteidigers und der Gerichtsbeschluß stützen sich auf das Gutachten des Geh. Medizinalrats Dr. Krause von der Charitee und des Gerichtsarztes Dr. Stoermer, welches besagt, daß der Fürst in absehbarer Zeit nicht verhandlungsfähig sein wird und daß seine Haft lebensverkürzend wirke; der Gesundheitszustand des Fürsten habe sich fortdauernd verschlechtert. — Wie wir bei Redaktionsschluß noch erfahren, war das Befinden des Fürsten Eulenburg gestern (Dienstag) so ungünstig, daß trotz der Haftentlassung an eine Uebersiedlung des Patienten nach einer Privatwohnung vorläufig nicht gedacht werden konnte.

Folgenschwere Explosion. Amtlicher Meldung aus Niederländisch-Indien zufolge erfolgte in einem Pulvermagazin zu Kotaraja Assim (Insel Bali) eine Explosion. Fünf europäische Soldaten wurden getötet und sechs verletzt; von den eingeborenen Soldaten werden acht als getötet oder vermißt und sieben als verletzt gemeldet.

Die Cholera. In Petersburg sind am 22. September 417 Neuerkrankungen und 176 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen. Die Zahl der Choleraerkrankten beträgt jetzt 1561. — Dem „Berliner Tageblatt" zufolge sollen unter dem Verdacht der Choleraerkrankung Dienstag nachmittag vier Personen in das Virchow-Krankenhaus zu Berlin eingeliefert worden sein, darunter zwei Russen.

Eine Feuersbrunst auf dem Güterbahnhof von Suresnes bei Paris hat in der Nacht zum Dienstag einen Schaden von einer halben Million Frank angerichtet.

C. E. Das Märtyrertum der „Flieger". Das Unglück von Fort-Myers, bei welchem der Leutnant Selfridge den Tod fand und Orville Wright, der jüngere der beiden „fliegenden Brüder", schwer verletzt wurde, hat nach dem „Figaro" die Zahl der Opfer des Kunstfluges auf fünf erhöht. Das erste Opfer war der deutsche Ingenieur Lilienthal, der bei seinen Flugversuchen am 9. August 1896 in der Nähe von Berlin den Tod fand. Ihm folgte als zweites Opfer der Aviation der Engländer Sinclair Pilcher, der am 30. September 1899 bei einem Gleitflug ums Leben kam. Zu diesen beiden ist jetzt als drittes Opfer der Amerikaner Selfridge hinzugekommen, wobei jedoch zu bemerken ist, daß er nicht selbst flog, sondern nur von einem Flieger mitgenommen worden war. Was die beiden anderen Opfer betrifft, so liegen ihre Flugversuche etwas weiter zurück: Der eine dieser beiden Flieger, ein Mann namens Letourr, starb 1854, als er von einer hohen Böschung in die Tiefe flog; der andere, der Belgier de Groof, wurde getötet, als er — im Jahre 1874 — von der Gondel eines Ballons aus sich mit seinen Flügeln ins Leere stürzte. Zu diesen Feststellungen des „Figaro" bemerkt Henry Bidou im „Journal des Debats": „Das Märtyrertum der „Flieger ist noch weit älter, als der „Figaro" annimmt. Der erste Flieger, der das Opfer seiner Kunst wurde, war Oliver von Malmesbury, ein englischer Benediktiner, der im Jahre 1060, mit Flügeln an den Füßen und an den Händen, von einem Turm in die Tiefe flog und sich beide Beine brach. Im 12. Jahrhundert unternahm eine ganz weiß gekleidete Sarazene in Konstantinopel, in Gegenwart des Kaisers Alexios Komnenos einen Flugversuch, indem er vom Turm des Hippodroms hinunterflog; die Flügel waren jedoch zu schwach, und der Sarazene brach sich sämtliche Knochen. Im 15. Jahrhundert flog der Mathematikkehrer Tanie von Perugia über den Trasimenischen See, wobei er sich einen Schenkel brach. Man sage nicht, daß diese Flugversuche kindisch und lächerlich waren: es gab damals schon Männer, die auf dem Gebiete des Kunstfluges geradezu geniale Ideen hatten. Johann Müller konstruierte einen „mechanischen Adler", der 1000 Schritt weit fliegen konnte; und weiß nicht jedermann, daß Leonardo da Vinci eine Propellerschraube und einen Fallschirm erfand? Der Pater Kirchi (?) amüsierte sich nicht schlecht, als er hörte, daß man sich im Volke erzählte, er sei in Gegenwart des Papstes Urban VIII. durch die Luft geflogen. Aber ein Zeitgenosse des berühmten Jesuiten, der Seiltänzer Allard, flog vor den Augen Ludwigs XIV. von der Terrasse von Saint Germain hinunter und wurde schwer verwundet vom Platze getragen. Im Jahre 1744 flog der Marquis von Bocqueville, ein sehr origineller Herr, mit Engelsflügeln von der Terrasse seines Pariser Palastes nach der Seine hin; er durchflog einen ziemlich großen Raum, fiel aber dann auf ein Schiff, auf dem sich Wäscherinnen befanden, und brach ein Bein. Komischer verlief das Flugabenteuer des Abbés Desforges. „Er fabrizierte sich", so liest man bei dem Encyklopädisten Grimm, „eine Art Gondel aus Weidenruten, bekleidete sich ganz mit Federn und gab ihr als Dach so etwas wie einen Sonnenschirm, der gleichfalls aus Federn zusammengestellt war. Die Ruder, die er für diese merkwürdige Gondel brauchte, sahen aus wie Federwische; er hoffte sich durch diese Federruder durch die Luft fortbewegen zu können." Am Grinette-Turm bei Etampes fand der erste Versuch statt; vier Bauern hielten die Gondel; als sie sie losließen, um den Abbé fliegen zu lassen, schoß sie einen Purzelbaum, und der Abbé konnte von Glück sagen, daß er sich nur den Ellenbogen verletzte. Klüger war Blanchard, der später als Luftschiffer so berühmt wurde: Er konstruierte 1781 eine Flugmaschine mit vier Flügeln, wagte aber keinen Flugversuch zu machen. Im Jahre 1809 brachte Degen zwei große Flügel mit einem Ballon in Verbindung; der Ballon hob sich, aber die Flügel, auf die der „Flieger" seine ganze Hoffnung gesetzt hatte, regten sich nicht, und das Publikum, das sich um ein Schauspiel betrogen sah, hätte den „Flieger" beinahe gelyncht. Im September 1836 konstruierte der Engländer Cocking einen Fallschirm mit Flügeln; mit diesem Fallschirm flog er aus einer Höhe von 1200 Metern in die Tiefe und brach sich das Genick. Eine ähnliche Flügelkombination führte 1854 den Tod des bereits erwähnten Letourr herbei. Trotz dieser Unglücksfälle gaben die Flieger ihre waghalsigen Versuche nicht auf, und die Liste der verwegenen Männer, die beim Fliegen schwer zu Schaden oder ums Leben gekommen sind, ist mit den hier aufgezählten Namen lange noch nicht abgeschlossen.

Letzte Telegramme.

Berlin, 23. September. Der Reichskanzler Fürst Bülow reist heute abend wieder nach Norderney ab. Staatssekretär v. Schoen begab sich gestern abend auf seine Besitzung in Berchtesgaden. Dort erwartet er Freitag den Besuch des russischen Ministers des Auswärtigen Iswolski.

Berlin, 23. Sept. Gegen die Haftentlassung Eulenburgs hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt, da die Haftentlassung ohne die Stellung einer Bürgschaft erfolgte. Die Beschlußkammer ließ sich von der Ueberzeugung leiten, daß weder Fluchtverdacht noch Verdunkelungsgefahr vorliege. Der Fürst ist nicht transportfähig und kann frühestens in einigen Tagen seine Berliner Wohnung beziehen.

Berlin, 23. September. Gestern wurden als choleraverdächtig ein russisch-polnischer Kohlenarbeiter und seine zwei Kinder nach dem Virchow-Krankenhause gebracht. Die Frau des Eingebrachten war an choleraähnlicher Diarrhoe gestorben. Ein Beweis für das Vorliegen von Cholera ist nicht gegeben. (Vergl. auch unter Nah und Fern: Die Cholera.)

Bern, 22. September. Der Bundesrat hat ein neues Reglement für das Politechnikum in Zürich genehmigt, wonach Ingenieuren, Chemikern und Mathematikern der Doktortitel erteilt werden kann.

Toulon, 23. September. Auf dem Kreuzer „La Touche-Tréville" ereignete sich eine Geschützexplosion. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß. Die Opfer der Katastrophe wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. — Später wird noch gedrahtet: Toulon, 23. September. Durch die Geschützexplosion auf dem Kreuzer „La Touche-Tréville", die sich bei Salins d'Hyères ereignete, wurden neun bis dreizehn Mann getötet und zwei tödlich verletzt.

Konstantinopel, 22. September. Die Pforte hat wegen der militärischen Besetzung der bulgarischen Orientbahnlinie durch bulgarische Truppen in Bulgarien Schritte unternommen. — Nach Angabe der Pforte hat Rußland sowohl der türkischen wie der bulgarischen Regierung eine Regelung des Zwischenfalls Geschow anempfohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190809232-15/fragment/page=0002

Kongresse und Ausstellungen.

— **Verband deutscher Gewerbevereine.** Die 15. ordentliche Hauptversammlung des Verbandes wurde am Montag in Darmstadt eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattete der Vorsitzende, Regierungsrat Noack, den Geschäftsbericht. Hierauf sprach Justizrat Dr. Fuld-Mainz über den Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb und schlug der Versammlung eine Resolution vor, in der es u. a. heißt: „Der Verband erblickt in dem Gesetzentwurf eine wohlgelungene Arbeit, die geeignet erscheint, die Grundlage für eine befriedigende Regelung zu bilden. Eine Verbesserung des Entwurfs erscheint jedoch in folgenden Punkten erforderlich: Verschärfung der Haftung des Geschäftsherrn für den unlauteren Wettbewerb beim Personal. Unterscheidung zwischen Ausverkäufen im eigentlichen Sine und Saison- und Inventurausverkäufen, Einführung der gesetzlichen Anzeigepflicht, sowie der Vorlegung eines Verzeichnisses für Ausverkäufe im technischen Sinne, Beschränkung der Saison- und Inventurausverkäufe, Bestrafung der absichtlichen Warennachschübe, Bestrafung desjenigen, der eine Ware öffentlich mit Preisangabe anbietet, sie jedoch nicht in den im Kleinhandel üblichen Mengen auf Verlangen des Käufers abgibt, und schließlich ein Verbot der Ausnahme-Tage.“ Diese Resolution wurde angenommen. Ueber die Besteuerung von Gas und Elektrizität sprach der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. med. Becker-Sprendlingen, der eine Resolution vorlegte, in der es u. a. heißt: „Die geplante Besteuerung von Gas und Elektrizität würde eine einseitige, der Leistungsfähigkeit nicht entsprechende Belastung des Gewerbes darstellen, wenn die Regierung eine Besteuerung der Kraft heranspruchen sollte. Die Hauptversammlung richtet daher an den Vorstand die dringende Bitte, sofort nach Erscheinen der Regierungsvorlage diejenigen Schritte zu tun, die geeignet erscheinen, eine einseitige Belastung des Gewerbes zu verhüten.“ Auch diese Resolution wurde angenommen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

— **Drahtlose Telephonie.** Der Amerikaner de Forest, über dessen Projekt, Paris und New-York durch drahtlose Telephonie zu verbinden, wir bereits wiederholt berichteten, wird in der nächsten Zeit interessante Versuche auf dem Gebiete der Telephonie ohne Draht vor einer Kommission der Londoner Admiralität anstellen, und zwar soll die drahtlose Telephonverbindung zwischen Schiffen auf dem Meere, sowie zwischen Schiffen und Landstationen hergestellt werden. Die Versuche dürften mehrere Wochen dauern. Wie gemeldet wird, hat sich die Admiralität schon längere Zeit mit der drahtlosen Telephonie beschäftigt. Das Stadium des Experimentierens sei schon überschritten, und die Telephonie gelte für das drahtlose Verkehrsmittel der Zukunft.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Der Fischereiverein für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt

hielt bekanntlich am Sonntag in Magdeburg seine 27. Generalversammlung ab, an der auch Oberpräsident Hegel, Egzellenz, teilnahm. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden, Oberfischmeisters Mierau, dankte Oberpräsident Hegel für die Einladung zur Versammlung und erklärte, er werde die Bestrebungen des Vereins in jeder Weise fördern. Bei den geschäftlichen Mitteilungen teilte der Vorsitzende mit, daß die von Mitgliedern gestellten Anträge wegen der Mühlgrabenfrage und Uferbetretung, weil diese Angelegenheiten im neuen Fischereigesetze eingehend behandelt würden, von der Tagesordnung abgesetzt seien. Ein weiterer Antrag, den Beitrag an den Deutschen Fischereiverein von 30 Pfg. auf 50 Pfg. für das Mitglied zu erhöhen, werde auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung gesetzt werden. Sodann erstattete Universitätslektor Dr. Kluge den Geschäftsbericht. In ihm wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Sportangler und die Fischerinnungen immer mehr dem Verein beitreten mögen. Ob das neue, in Vorbereitung befindliche Fischereigesetz dem Landtage noch in diesem Jahre vorgelegt werden wird, sei ungewiß. Einen breiten Raum in dem Bericht nahmen die Mitteilungen über Aussetzung von Aalen und Lachsen ein. — Sodann ergriff Herr G. Carl-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrage über: „Die Fischerinnung Magdeburg, ihr Revier und ihre Fangergebnisse einst und jetzt“. Die Innung bestand schon im 16. Jahrhundert. Damals hatte die Innung freie Fischerei, und ihr Revier erstreckte sich die Elbe stromaufwärts bis an die Brücke bei Wittenberg und stromabwärts bis Bittkau. Durch die Zerstörung Magdeburgs im Jahre 1631 ging auch die Fischerinnung sehr zurück. 1806 verlor sie ihr Gildehaus sowie ihre Aecker und Wiesen. Auch wurde ihr die freie Fischerei genommen; sie mußte von 1830 ab Pacht zahlen. Ihr Gebiet wurde bedeutend verkleinert. Jetzt ist sie bis auf acht Mitglieder zusammengeschmolzen. Der Rückgang der Fischerei machte sich namentlich bei den Wanderfischen, wie Stör, Lachs und Schnäpel, bemerkbar; auch viele Standfische sind zu den Seltenheiten geworden. Auch der Neunaugenertrag ist erheblich zurückgegangen. Wels, Karpfen, Zander und Hechte kommen beim Fang mit den Zugnetzen ebenfalls nur noch vereinzelt vor. Hauptursache der Verminderung der Fische ist die enorme Zunahme des Dampferverkehrs. Man ist jetzt bemüht, durch künstliche Fischzucht, Aussetzung von Brut usw. dem Rückgang der Fischerei zu begegnen; bis jetzt hat man damit noch keinen greifbaren Erfolg erzielt. Auf das Wegfangen junger Brut, namentlich durch Schulkinder, müsse Obacht gegeben werden; in den Schulen müssen die Lehrer vor solchem Unfug warnen. Hoffentlich gelinge es den Bemühungen der Behörden, bei uns den Fischbestand wieder zu heben. Oberpräsident Hegel dankte dem Vortragenden, dessen Ausführungen er mit Interesse vernommen habe. Es sei recht bedauerlich, daß die guten Zeiten für die Innung dahin seien, weil es sich um ein bedeutendes wirtschaftliches Interesse und um die Erhaltung eines Volksnahrungsmittels handele. Er persönlich sei gern bereit, einzutreten für die Erfüllung der Wünsche, die der Vortragende geäußert habe. Richtig sei es jedenfalls, wenn bei Verpachtung von Fischereien die Berufsfischer in erster Linie berücksichtigt würden. In seiner früheren Stellung habe er es erreicht, daß der Minister gestattet habe, die Berufsfischer bei Verpachtungen vor anderen zu berücksichtigen; dies werde auch hier zu erreichen sein. Ebenso werde er es sich angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß die Fischereiaufsicht besser ausgestaltet werde. Hierauf hielt W. Kegel-Calbe a. S. einen Vortrag über: „Die Verlegung der Frühjahrsschongzeit.“ Er kam zu dem Ergebnis, daß die jetzt bestehende Frühjahrsschongzeit beizubehalten sei, daß aber die Fanggeräte, besonders die Aalhamen, so zu konstruieren seien, daß die jungen Fische im Fangraum am Leben erhalten werden, und daß die Maschen weit genug sein müßten, um den kleineren Fischen das Entweichen zu ermöglichen. Auf Vorschlag des Regierungsrats Bramigk wurden sodann die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt. Neugewählt wurde Baron v. Schenck-Flechtingen. Zum Ort der nächsten Mitgliederversammlung wurde Köthen bestimmt. Bei Besprechung von Anträgen und Wünschen wurde von der Fischereiinnung an der Saale auf einen Antrag des Anglervereins Halle a. S. hingewiesen, dessen Annahme die Raubfischerei in die Schonreviere übertragen würde. Regierungsrat Brammigk meinte, daß die Ansicht der Fischerinnung jedenfalls irrig sei. Im Namen des deutschen Anglerbundes erklärte Paeske, der Bund trete stets dafür ein, daß dem Sportangler da keine Rechte einzuräumen seien, wo der Berufsfischer keine habe. Oberfischmeister Mierau meinte hierzu, daß der Sportfischer seiner Ansicht nach ein guter Freund der Berufsfischer sein wolle; so viel er wisse, sei der Sportfischer der Fischerei nicht schädlich, sondern vielmehr nützlich. Hierauf wurde noch der Etat für 1908/09 bekannt gegeben, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 000 Mk. balanziert. In den Ausgaben sind für das Befischen der öffentlichen Gewässer mit Fischbrut und Setzfischen (Karpfen, Schleien, Orfen, Zander, Forellen, Aalen und Krebsen) 4700 Mk., zur Hebung von Klein-Teichwirtschaften 800 Mk., zur Fürsorge für Reinhaltung der Gewässer 600 Mk., zu Prämien für Fischotter- und Fischadlervertilgung 150 Mk., und für besonders tätige Fischereiaufsichtsbeamte 300 Mk. eingestellt. Nach Schluß der Versammlung wurden Besichtigungen vorgenommen.

*

W. Merseburg, 22. Sept. (Ihre Kaiserliche Hoheit die Frau Kronprinzessin) hat sich heute vormittag nach Schkopau bei Merseburg begeben. Die Rückkehr erfolgt morgen abend.

s. Alsleben a. S., 21. Sept. (Obstbauverein.) Am 17. September hielt der hiesige Obstbauverein eine außerordentliche Versammlung im Gasthof „Zum schwarzen Adler“ ab, welche recht zahlreich besucht war. Der Wanderlehrer Walther von der Landwirtschaftskammer in Halle hielt einen Vortrag über die Bekämpfung der Obstbaumschädlinge. Herr Walther beschrieb zunächst an Hand von Präparaten und Abbildungen die Schädlinge und gab dann die Mittel zu deren Bekämpfung an, fügte aber hinzu, daß Universalmittel gegen alle Schädlinge noch nicht gefunden wären. Eine einzelne Bekämpfung bringe nur geringen Nutzen, deshalb müsse eine allgemeine angestrebt werden, wie bei der Vertilgung des Unkrautes. Ueber die Anwendung des Karbolineums seien die Ansichten sehr verschieden. Durch falsche Anwendung habe man sogar die Bäume vernichtet. Blutläuse sind am besten durch Oel oder Fett zu vernichten, aber man muß schon mit der Bekämpfung anfangen, wenn die Nester noch klein sind. Gegen den Befall der Bäume durch Fusikladium und des Weinstocks durch Mehlau hat man bis jetzt noch kein unfehlbares Mittel gefunden. Zum Schluß wurde die von Verein angeschaffte Obstbaumsprütze zur Benutzung empfohlen. Die vom Kaufmann Hermann Nicolai ausgestellten Post-Obstverpackungskartons wurden als praktisch und billig beurteilt.

= Thale a. H., 22. Sept. (Der Kronprinz und die Kronprinzessin) werden am 4. Oktober zu längerem Jagdaufenthalte im Dambachshaus bei Thale i. Harz erwartet.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 23. September.

— Vom Reichsverband deutscher Zollaufseher, Assistenten und Sekretäre hielt der Provinzialverein im „Wintergarten“ eine außerordentliche, gut besuchte Versammlung ab. Es waren der Einladung sowohl Vertreter der vorgesetzten Behörden, wie die Landtagsabgeordneten von Halle gefolgt. Zur Sprache kamen die verschiedensten Standesinteressen; über diese, sowie die materielle Lage wurden mancherlei Wünsche laut, die schließlich in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution zusammengefaßt wurden: „Die Provinzial-Versammlung des Reichsverbandes deutscher Zollaufseher, Assistenten und Sekretäre zu Halle a. S. hält es für unabweisbar notwendig: 1. daß auf Grund der Bestimmungen des Staatsvertrages vom 8. Juli 1867 § 16 Ziffer 4 eine Gleichstellung der Besoldungsverhältnisse des Zoll- und Steueraufsichtspersonals in den vertragschließenden deutschen Staaten herbeigeführt werde; als der beste Weg hierzu erscheint die Umwandlung der Zoll- und Steuerbeamten aus Landesbeamten in Reichsbeamte. Dies wäre um so wünschenswerter, als dadurch vom Reiche Ersparnisse an Verwaltungskosten in Höhe von über 10 Millionen gemacht werden könnten; 2. daß eine Besserung der heutigen schweren wirtschaftlichen Notlage und eine ihrer Tätigeit entsprechende rangliche Hebung der Zollaufseher durch das Eingreifen der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften endlich erfolgt.“

— Der naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hielt seine erste Sitzung nach den Ferien ab. Herr Weicke zeigte eine schöne vollbesetzte reife Reisrispe aus Spanien, bei der man ungefähr eine Verkunstendfätigung des Saatkorns schätzen konnte. Herr Professor Dr. Holdefleiß hatte von der Ostsee interessante Exemplare von Tangen (Fucaceen) mitgebracht, die auf einer Unterlage sehr fest angewachsen waren, Fucus vesiculosus auf einem Stück Feuerstein und Cystophora auf einer Muschel (Mytilus), die noch lebend mit der angewachsenen Tange ans Land geworfen wurde. Die Anhaftung war äußerst fest, wie durch einen Guß erfolgt, doch konnte nicht genau festgestellt werden, durch was für Kräfte sie bewirkt war. Im Anschluß an die vorliegenden, sehr instruktiven Belspiele von Tangen sprach Herr Professor Mez einige erläuternde Worte über ihre morphologischen Eigentümlichkeiten, über die abgesonderte Stellung im System und über die Verwandten der Braunalgen, insbesondere über Hydrurus. Professor Dr. Holdefleiß sprach noch über die Bedeutung der Meteorologie und Wettervorhersage für die Luftschiffahrt. — Die nächste Sitzung des Vereins findet Donnerstag, den 24. September im „Reichshof“ statt. Gäste sind willkommen.

Börsen- und Handelsteil.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 22. Septbr. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen fest, englischer gut 200–205 M, mittel 190–198 M, geringe bis —,— M, do Sommer- gut —,— M, mittel —,— bis —,— M, do. Kolben Sommer- gut 212–217 M, do. Rauhgut 194–198 M, do. ausländischer gut —,— M. Roggen unv., inländ. gut 170 bis 174 M, feinster über Notiz. Gerste schwach, hiesige Chevaliergerste gut 188–198 M mittel —,— M, feinste —,— M, hiesige Landgerste gut 182 bis 192 M, mittel —,— M, ausländische Futtergerste gut 143–144 M; feinste über Notiz. Hafer fest, inländischer gut 154 bis 160 M. Mais fest, runder gut 164–167 M amerikanischer bunter —,— M. Erbsen hiesige Viktoria gut —,— bis —,— M, grüne Folger —,— M.

— **Produktenbörse in Leipzig** am 22. Septbr. Durch den Börsenvorstand, 2. Abteilung, wurden heute nach den Angaben der Notierungskommissionen für Lokoware folgende Preise festgestellt, welche sich frei Leipzig gegen bare Zahlung verstehen. (Alles netto und für 1000 kg, wo nichts anderes bemerkt.) Witterung: schön. **Weizen** inländ. alter —,— M hz. u. Br., neuer 200,00—207,00 M hz. u. Br., argentinischer 234—240 M hz. u. Br., Kansas 234—240 hz. u. Br., russ. 236–240 M hz. u. Br., Tendenz: fest. **Roggen:** inländ. alter —,— M Br., neuer 176—182 M hz. u. Br., preuß. 176—182 M hz. u. Br., ausländ. 204,00 M Br., Tendenz: fest. **Gerste:** Braugerste, hiesige 190—206 M hz. u. Br., feinste über Notiz, auswärt. 210—235 M hz. u. Br., Mahl- u. Futterware 150—172 M hz. u. Br. **Hafer:** inländ. alter 161,00—168,00 M hz. u. Br., feinster über Notiz, neuer —,— M hz. u. Br. Tendenz: fest. **Mais:** amerik. —,— M, runder 168—175 M hz. u. Br., Cinquantin 186,00—186,00 M hz. u. Br. **Raps:** —,— M hz. u. Br. **Rapskuchen:** per 100 kg 12,75—13,50 M hz. u. Br. **Rüböl:** rohes per 100 kg ohne Faß, flüssiges 64,50 M Br., gefrorenes —,— M., Tendenz: still.

— **Mehlpreise in Leipzig** am 22. Septbr. (Mitteilung der Müller und Mehlhändler von Leipzig und Umgebung.) Weizenmehl 00 30,00 M, Roggenmehl 01 26,00 M per 100 kg netto exkl. Sack.

L. **Hamburg**, 22. Sept. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Redwinter II Western Aug./Sept. 227½ M, Hardwinter II Aug. bis 15. Sept. 231½ M, Aug./Sept. 230½ M, Barletta Russo 79/80 kg schwim. 234 M, Aug./Sept. 233½ M, Rosafé 78 kg schwim. 235 M, Bluestem loko 230 M, Donau 77/78 kg 3 % prompt 228½ M, Ulka Pud 30 prompt 232 M. — Roggen: Südruß. 9 Pud 10/15 gute Häfen prompt 202 M, Okt. 202 M, Western II Okt. 202 M. — Futtergerste: Südruß. 60/61 kg fällig 136 M, schwim. 134½ M, Sept. 134½ M, Okt. 135½ M. — Mais: La Plata Aug./Sept. 158 M, Sept./Okt. 157 M.

— **Berlin**, 22. Sept. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 205,00 bis 208,00 M, Oktober 209 M, Dezember 210,25—210,00 M, Mai 212,50 bis 212,25 M. Roggen inländ. 175,00—177,00 M ab Bahn und frei Mühle, Oktober 180 M, Dez. 185,00—184,50 M Hafer märk, mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 177,00 bis 183,00 M, mittel 168,00—176,00 M, gering 164,00—167,00 M ab Bahn und frei Wagen, **Mais** amerik. mixed. 168—173 M, Bulgaren-Mais 176—179 M frei Wagen. Gerste, inl. Futtergerste, mittel und gering 164,00—172,00 M, gute 173,00—182,00 M, russische und Donau leichte 144,00—147,00 M, schwere 148—155 M ab Bahn und frei Wagen. **Erbsen**, inländ. und ausländ. Futterware mittel 180—192 M, Taubenerbsen 193—212 M, kleine Kocherbsen —,— M, Viktoriaerbsen —,— bis —,— M ab Bahn und frei Wagen. **Weizenmehl** 00 26,25—30,00 M **Roggenmehl** 0 und 1 22,50 bis 24,70 M **Weizenkleie** 10,75—11,75 M **Roggenkleie** 11,50—12,50 M — Mittagsbörse: **Weizen**, inländischer 205,00—207,00 M ab Bahn, September 209,50—209,25—209,75 M, Oktober 208,75—209,00 bis 208,75 M, Dezember 209,50—210,00 M, Mai 212,75—213,00 M **Roggen** inländ. 175,50—177,00 M ab Bahn, September 179,50 M, Oktober 179,75—179,50—180,00 M, Dezember 184,50—184,25 bis 184,50 M, Mai 189,00—189,50 M. Hafer September 167,50 bis 167,25 M. Oktober 167,50—167,75—167,50 M, Dezember 168,75 bis 169,00—168,75—169,25 M, Mai 171,75—172,00—171,50—172,00 171,75 M. **Weizenmehl** 00 26,25—30,00 M **Roggenmehl** 0 und 1 22,50—21,70 M, **Rüböl** Oktober 63,10—63,20—63,10 M, Mai 62,70 M G.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 22. Sept. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen**: Berlin, 755 gr., Sept. 209,75, Dez. 210,00. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 167,10, Sept. 168,45. Chicago Northern I Spring, Sept. 153,25, Dez. 154,20. Liverpool Red Winter Nr. 2, Dez. 172,20. Paris Lieferungsware Sept. 189,05. Budapest Lieferungsware Oktbr. 193,30. Odessa Ulka $9^{25}/_{80}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 175,05. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. **Roggen**: Berlin 712 gr. Sept. 179,50, Dez. 184,50. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 146,30. **Hafer**: Berlin 450 gr. Sept. 167,25, Dez. 169,25. **Mais**: Berlin Lieferungsware Sept. —,—. Newyork mixed Dez. 126,75. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Berlin**, 22. Sept. Kartoffelstärke 20,00—20,50 Mk., Kartoffelmehl 20,00—20,50 Mk., feuchte Stärke —,— Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 22. September. Spiritus fest, Sept. 28 G., Sept.-Okt. 28 G., Okt.-Nov. 28 G.

— **Paris**, 22. Sept. Spiritus ruhig, Sept. 41,50, Okt. 35,75, Jan.-April 36,75, Mai-Aug. 38,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 22. September. Rüböl loko 70,00, Okt. 67,50.

— **Hamburg**, 22. September. Rüböl ruhig, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam**, 22. September. Leinöl flau, loko —, Oktober $22\frac{3}{4}$, Okt.-Dezbr. $22^5/_8$, Jan.-April —, Mai-August $22\frac{1}{2}$.

— **Paris**, 22. September. Rüböl flau, Sept. 75,50, Okt. 75,25, Nov.-Dez. 74,25, Jan.-April 70,75.

Zucker.

W. **Hamburg**, 22. Sept. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Septbr. 19,90, per Oktober 19,35, per Dezbr. 19,35, per März 19,75, per Mai 20,00, per August 20,30. Tendenz: still.

W. **London**, 22. Sept. 96% Java-Zucker prompt stetig, 10½ sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker September stetig, 10 sh. — d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 22. Sept. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos September 29¾ G., Dezember 29¾ G., März $29^1/_2$ G., Mai $29\frac{3}{4}$ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 22. Sept. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko $34\frac{1}{2}$.

— **Havre**, 22. Sept. Kaffee. Good average Santos September 41,75, Dez. 40,00, März 39,00, Mai 38,50. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 21. Sept. Kaffee. Zufuhr 32000 Sack in Rio, — Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 22. September. Baumwolle, sehr ruhig, Upland middling loko $49^1/_2$ Pfg.

— **Antwerpen**, 22. Septbr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Oktober 4,75 bez., März 4,55 Käufer. Ruhig.

— **Liverpool**, 22. Septbr. Baumwolle. Umsatz 4000 Ballen, davon für Spekulation und Export 300 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Sept. 4,91, per Sept.-Okt. 4,77, per Okt.-Nov. 4,71, per Nov.-Dez. 4,68, per Dez.-Jan. 4,66, per Jan.-Febr. 4,66, per Febr.-März 4,67, per März-April 4,68, per April-Mai 4,69, Mai-Juni 4,70.

Petroleum.

— **Hamburg**, 22. Septbr. Petroleum unregelmäßig, Standard white loko 7,70.

Metalle.

— **Amsterdam**, 22. Septbr. Bancazinn behauptet, loko $80^1/_4$.

— **London**, 22. Sept. Silber 24 Lstrl., Chili-Kupfer $59^1/_8$ Lstrl., per 3 Monate 60 Lstrl., Blei, span., $13^1/_8$ Lstrl., engl. $13^5/_8$ Lstrl., Zinn $130^5/_4$ Lstrl., Zink 20 Lstrl.

— **Glasgow**, 22. Sept. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 51 sh. 5 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 22. Sept. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 397 Rinder, 256 Kälber, 192 Schafe, 192 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. 40—43, B. 36—38, C. 32—34, D. 29—30 M. Bullen: A. 38—40, B. 33—36, C. 30—32, D. 27—29 M. Kalbenu. Kühe: A. 35—38, B. 31—34, C. 27—29, D. 24—26, E. 20—22 M. Kälber: A. 54—60, B. 44—52, C. 30—40, D. 25—35 M. Schafe: A. 37 bis 40, B. 33—36, C. 28—33 M. Schweine (mit 20% Tara): A. 66—67, B. 62—65, C. 58—61, D. 52—61 M. — Verlauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: 70 Rinder, 14 Kälber, 12 Schafe, 170 Schweine.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 22. Septbr. Roter Winter-Weizen loko 108, per Sept. $108^1/_8$, per Dez. $108^1/_8$, per Mai $109^1/_4$, per Juli —.—. Mais per Sept. 85, per Dez. 77, per Mai —.—. Mehl 4,15. Getreidefracht nach Liverpool $1^1/_2$.

W. **Chicago**, 22. Septbr. Weizen per Sept. $98^7/_8$, per Dez. $99^3/_8$. Mais per Dezember $64^7/_8$.

W. **New-York**, 22. Septbr. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. **New-York**, 22. Septbr. Schmalz Westernsteam 10,85, Rohe und Brothers 11,10.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebauleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales, Arthur Bierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:9:1-171133730-16872166X190809232-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 22. Sept. 1908

Die Ruhe in Börsenkreisen gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.Jan. | 1.4.April | 1.7.Juli | 1.10.Oct. | 1.1.1.Jan. | 1.4.10.1 | 15.3.9. | 15.5.1.1. | 1.7.1.9. |